

Reichstagswähler

des Wahlkreises

Lennep - Mettmann - Remscheid!

Infolge Ablehnung der Regierungsvorlage für Deutsch-Südwest-Afrika ist der Reichstag am 13. Dezember 1906 aufgelöst worden.

Die christlich-sozialen Abgeordneten haben, als Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages, für die Regierungsvorlage gestimmt, die alle Sachverständigen für unvermeidbar hielten. Wir verkennen nicht einen Augenblick die schweren Fehler, die in Afrika begangen worden sind. Aber es erscheint uns, wie der Reichskanzler sagte, als ein

Gebot der Waffenehre

den Kampf gemäß der militärischen Notwendigkeit zu Ende zu führen. Die Mehrheit des Reichstages — Sozialdemokraten, Zentrum, Polen u. — hat bedauerlicherweise die Mittel zur Erfüllung einer

nationalen Pflicht

versagt. Es ist nötig, im Blick auf die im fernem Lande gefallenen Brüder und im Blick auf die Zukunft unseres Volkes, alles zu tun, was für die Sicherung unserer Kolonien nötig ist.

Im nationalen Interesse hat sich die christlich-soziale Partei unseres Wahlkreises am Tage nach Bekanntwerden der Reichstags-Auflösung mit einer großen nationalen Partei in Verbindung gesetzt, und ihr auf Grund eines Kompromisses, der es möglich gemacht hätte, zwei sozialdemokratisch vertretene Wahlkreise den Feinden unseres Vaterlandes zu entreißen, ein Zusammengehen im hiesigen Kreise angeboten, das aber abgelehnt wurde.

Da wir nun sowohl vom positiv christlichen Standpunkt aus, als auch im Interesse des Arbeiter- und nicht minder in demjenigen des Mittelstandes (Handwerker u. Landwirte) eine freisinnige Kandidatur nicht unterstützen können, haben wir, eingedenk des

Wortes unsers Kaisers:

„Sendet mir Arbeiter in den Reichstag!“

im Einvernehmen mit dem nationalen Arbeiterwahlausschuß den

christlich-nationalen Arbeiterführer

Metallarbeiter

Rafflenbeul-Essen,

ein Kind des bergischen Landes, der bis vor einem Jahre in unserer Mitte gearbeitet hat, und der das Vertrauen weiter nationaler Kreise besitzt, als Reichstagskandidaten aufgestellt.

ADG 784(2); 87

Wir sind überzeugt, daß alle christlich und national gesinnten Bürger der verschiedensten Stände, mögen sie nun Arbeiter, Handwerker, Kaufleute, Landwirte oder Beamte sein, die Aufstellung dieser

wahrhaft vollstümlichen Kandidatur

mit Freuden begrüßen und am 25. Januar 1907

Mann für Mann

unserm Kandidaten ihre Stimme geben werden.

Als christlich-sozialer Mann steht unser Kandidat

treu zu Kaiser und Reich;

er hält fest am bestehenden allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Reichstagswahlrecht, tritt ein für die Erhaltung und Stärkung unserer Wehrmacht, die die beste Bürgschaft für den Weltfrieden ist.

Sodann fordert er im Interesse von Handel und Industrie

eine starke Flotte,

die im Falle eines Seekrieges im Stande ist, unsern bedeutenden und sich fortwährend steigenden Ueberschandel, der etwa

einem Drittel unserer deutschen Arbeiterschaft

Verdienst und Brot

bringt, wirksam zu schützen.

Obwohl unser Kandidat die Mißgriffe in unserer Kolonialpolitik scharf verurteilt, wird er die zum Ausbau und zur Hebung unserer Kolonien unbedingt erforderlichen Mittel freudig bewilligen, fordert aber, daß die Eingeborenen- und Bodenfrage in den

Vordergrund unserer ganzen Kolonialpolitik

gestellt, und in christlichem und humanem Sinne gelöst werde, zu welchem Zweck es nötig ist, daß nur erprobte und sittlich gefestigte

Charaktere

hinausgesandt werden.

Als christlich-sozialer Mann steht unser Kandidat auf dem Boden des

positiven Christentums,

und tritt ein für die Freiheit der Persönlichkeit auf geistigem und geistlichem Gebiet.

Als christlich-sozialer Mann steht unser Kandidat in sozialer Beziehung auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft von 1881, sowie der kaiserlichen Erlasse von 1890 und 1906

im Gegensatz

zum sozialdemokratischen Kandidaten, der den radikalen praktisch undurchführbaren Sozialismus vertritt, und zum

136576301

Freisinnigen Kandidaten
er auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen unseres Volkes für unndtig hält; fordert er

Schutz der nationalen Arbeit,

und ist deshalb gemäßigter Schutzöflner.

Die Wichtigkeit dieser seiner Stellungnahme geht aus der Tatsache hervor, daß der, von den Freisinnigen im Bunde mit den Sozialdemokraten als den Ruin der deutschen Industrie herbeiführend, bezeichnete Zolltarif schon seit 10 Monaten in Kraft ist; Handel und Industrie aber blühen wie kaum je zuvor. Allerdings hätten wir gewünscht, daß die in unserem Wahlkreise besonders stark entwickelte Klein-Eisen-Industrie besser berücksichtigt worden wäre.

Die vor Inkrafttreten des Zolltarifs von den Sozialdemokraten, und vielfach auch von den Freisinnigen betriebene wüste Agitation gegen den

Brotwucher,

der durch den Zolltarif zu Gunsten der Landwirtschaft herbeigeführt werden würde, hat sich als unzutreffend erwiesen. Trotz Zolltarif ist die bestimmt angekündigte

ungeheure Verteuerung des Brotes

nicht eingetreten.

Die herrschende

Fleischsteuerung

bedauern wir außerordentlich und fordern, daß die Regierung baldmöglichst weitere geeignete Schritte unternimmt, um der Fleischsteuerung im Interesse der unteren und mittleren Schichten unseres Volkes ein Ende zu machen.

Das vornehmste Ziel der Christlich-Sozialen ist des Vaterlandes Wohl.

„Gerechtigkeit erhöht ein Volk“,

deshalb fordern wir die ausgleichende Gerechtigkeit auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. —

Schutz den Schwachen,

vor allen, dem

Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibenden, Beamten, Bauern und Kleinen Industriellen.

Wir bedauern daher die bisherige Steuerpolitik, soweit sie übermäßig die mittleren und unteren Schichten des Volkes belastet; wir wünschen eine bessere Verteilung nach Leistungsfähigkeit der einzelnen Staatsbürger; Entlastung der schwachen Schultern, z. B. durch Aufhebung der Finanzzölle auf Salz etc., dafür

Übernahme geeigneter Betriebe in die eigene Regie des Reiches;

z. B. Verstaatlichung des Bergbaues, der Waffen- und Munitionsfabriken etc., wodurch auch die Mittel für die Verstärkung der Flotte aufgebracht werden würden.

Wir wollen ferner:

■ Schutz gegen die Auswüchse des internationalen Großkapitals, ■

die den Arbeiter so oft in seiner Fortentwicklung hindern, ihm vielfach das Recht des Zusammenschlusses rauben, die öffentliche Betätigung seiner Ueberzeugung unmöglich machen bei Wahlen etc.

Schutz des Handwerkers, Gewerbetreibenden, Kleinen Kaufmanns, kurz des Mittelstandes gegenüber dem Großbetrieb, den Warenhäusern, die oft den Kleinen Geschäftsmann ruinieren durch Schlenkerpreise, die doch nur auf Kosten des Arbeitslohnes bestehen können.

Gesetzlichen Schutz der Privatbeamten fordern wir mit aller Entschiedenheit, desgleichen müssen wir fordern eine bessere Fürsorge für die unteren Beamten in den staatlichen Betrieben der Post, Eisenbahnen usw. Ausbau der staatlichen Betriebe zu Musterbetrieben. Beseitigung des hier noch vielfach herrschenden Bürokratismus.

Schutz der kleinen Unternehmer gegenüber dem in Syndikaten und Kartellen organisierten Großkapital. Wir nennen hier nur das Kohlenyndikat und den Stahlwerksverband, die den Kleinen Unternehmern die Selbständigkeit vielfach rauben. Hier muß der Staat eingreifen zum Schutze der Schwachen.

So treten wir ein für die berechtigten Forderungen aller ehrlich schaffenden Stände in unserm Volke die dazu beitragen, den sozialen Frieden und die Reichsfreundigkeit zu fördern. Keine Ausnahmengesetze und Rechte,

Gleiches Recht für alle,

das ist unsere Parole, das ist es, was wir wollen, dafür kämpfen wir

zum Heil unseres geliebten Vaterlandes.

Wer da will, daß der Friede in unserem Volksleben blühe, das nationale Bewußtsein erstärke und die Liebe zu Kaiser und Reich, die ob der einseitigen, ungerechten Klassenpolitik bei manchem schwerkämpfenden Bürger, besonders aus dem Arbeiterstand, erblüht ist, wieder neu erlebe, der gebe am Tage der Wahl nur dem im Dienste des Volkes bewährten nationalen Kandidaten

Metallarbeiter Rafflenbeul-Essen.

seine Stimme. —

Der Wahlauschuß der christlich-sozialen Partei
des Wahlkreises Lennep-Mettmann-Remscheid.

Der nationale Arbeiter-Wahl-Ausschuß.

freisinnigen Kandidaten
 er auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen
 Lebens gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der wirtschaftlich
 Schwachen unseres Volkes für unnötig hält; fordert er

Schutz der nationalen Arbeit,

und ist deshalb gemäßigter Schutzöflner.

Die Wichtigkeit dieser seiner Stellungnahme geht aus
 der Tatsache hervor, daß der, von den Freisinnigen
 mit den Sozialdemokraten als den Ruin
 Industrie herbeiführend, bezeichnete Zolltarif sch
 naten in Kraft ist; Handel und Industrie
 wie kaum je zuvor. Allerdings hätten wir ger
 in unserem Wahlkreise besonders stark entwickelte
 Industrie besser berücksichtigt worden wäre.

Die vor Inkrafttreten des Zolltarifs von den
 kraten, und vielfach auch von den Freisinnigen
 Agitation gegen den

Brotwucher

der durch den Zolltarif zu Gunsten der Landw
 geführt werden würde, hat sich als unzutreffend
 Zolltarif ist die bestimmt angekündigte

ungeheure Verteuerung des

nicht eingetreten.

Die herrschende

Fleischteuerung

bedauern wir außerordentlich und fordern,
 gierung baldmöglichst weitere geeignete
 nimmt, um der Fleischteuerung im Interesse der
 mittleren Schichten unseres Volkes ein Ende zu

Das vornehmste Ziel der Christlich-Sozialen
 landes Wohl.

„Gerechtigkeit erhöht ein V

deshalb fordern wir die ausgleichende Gerech
 Gebieten des wirtschaftlichen und sozialen Lebens.

Schutz den Schwachen

vor allen, dem

Arbeiter, Handwerker, Gewerbetri
 Beamten, Bauern und Kleinen In

Wir bedauern daher die bisherige Steuer
 re übermäßig die mittleren und unteren Schi
 belastet; wir wünschen eine bessere Verteilung n
 fähigkeit der einzelnen Staatsbürger; Ent
 schwachen Schultern, z. B. durch Aufhebung
 auf Salz etc., dafür

Nebernahme geeigneter Be

die eigene Regie des Reiches;

z. B. Verstaatlichung des Bergbaues, der Waffen- und
 Munitionsfabriken etc., wodurch auch die Mittel für die Ver
 stärkung der Flotte aufgebracht werden würden.

Wir wollen ferner:

■ Schutz gegen die Auswüchse des internationalen
 Großkapitals, ■

die den Arbeiter so oft in seiner Fortentwicklung hindern, ihm vielfach
 das Recht des Zusammenschlusses rauben, die öffentliche Betätigung
 seiner Ueberzeugung unmöglich machen bei Wahlen etc.

Schutz des Handwerkers, Gewerbetreibenden, Kleinen Kaufmanns,
 Standes gegenüber dem Großbetrieb, den Waren
 oft den kleinen Geschäftsmann ruinieren durch
 ise, die doch nur auf Kosten des Arbeitslohes

hen Schutz der Privatbeamten fordern wir mit
 heit, desgleichen müssen wir fordern eine bessere Zü
 unteren Beamten in den staatlichen Betrieben der
 ahnen usw. Ausbau der staatlichen Betriebe zu
 Beseitigung des hier noch vielfach herrschenden

er kleinen Unternehmer gegenüber dem in Syndikaten
 organisierten Großkapital. Wir nennen hier nur
 dikat und den Stahlwerkverband, die den kleinen
 die Selbständigkeit vielfach rauben. Hier muß der
 zum Schutze der Schwachen.

wir ein für die berechtigten Forderungen aller ehrlich
 ade in unserm Volke die dazu beitragen, den sozialen
 die Reichsfreundigkeit zu fördern. Keine Ausnahm
 rechte.

Reiches Recht für alle,

Parole, das ist es, was wir wollen, dafür

Heil unseres geliebten
 Vaterlandes.

will, daß der Friede in unsrem Volkleben blähe, das
 ewußtsein erstärke und die Liebe zu Kaiser und
 der einseitigen, ungeredeten Klassenpolitik bei
 kämpfenden Bürger, besonders aus dem Arbeiterstand,
 der neu erstehende, der gebe am Tage der Wahl nur dem
 es Volkes bewährten nationalen Kandidaten

Metallarbeiter
 flenbeul-Essen.

seine Stimme. —

Der Wahlauschuß der christlich-sozialen Partei
 des Wahlkreises Tenney-Mettmann-Remscheid.

Der nationale Arbeiter-Wahl-Ausschuß.